

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandsh. Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Rau für Nachrichten: Nr. 20011
Schiffbau u. Hauptverlagsh. Dresden-
Dresden-1, Waisenstraße 34/38

Bezugspreis vom 1. bis 31. Dezember 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.
Einzelpreis für Monat Dezember 3.40 RM., ohne Postzusatzgebühr. Einzelnummer 15 Pfg.
Außerhalb Dresdens 20 Pfg. Nachpreis Die Anzeigen werden nach Wohnort berechnet:
die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für anderwärts 40 Pfg. Familienanzeigen um Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg., außer-
halb 250 Pfg. Offertenged. 20 Pfg. Anzeigen für die Tageszeitung gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Dieckhoff & Weidhardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1067 Dresden
Nachdruck nur mit best. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) möglich. Unentgeltliche
Abdrücke werden nicht aufbewahrt

Hotel Bellevue **Große Silvester-Feier**
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten — Telefon: 25281

Vermittlung Helds im Eisenbahnkonflikt

Das sozialistische Wehrprogramm

Gelegentlich des parlamentarischen Kampfes um den Panzerkreuzer hat die sozialdemokratische Partei die in ihren eigenen Reihen ausgebrochene Krise in einem Aufsatz zur Aufstellung eines sozialistischen Wehrprogramms zu begraben versucht. Drei Seelen wohnen in ihrer Brust, so oft eine Frage der Wehrpolitik zur Erörterung steht: die Meinung der paar „Militärfrommen“ auf dem rechten Flügel der Partei, der je nach der Augenblickskonjunktur schwankende Opportunismus des Gros und der ultrapolitische Radikalismus der linken Gruppe, die in Zuchführung mit den Kriegsgegnern verweigeren steht und sich mit lautem Geschrei in den Vordergrund drängt. Aus dieser Mischung gibt es so etwas wie ein parteiloses Wehrprogramm zusammenzufransen, nachdem die auf Befehl der nationalen Verteidigung eingestellten Richtlinien eines Wehls und Jaurès längst zum alten Eisen geworfen sind und andererseits die Regierungsübernahme eine völlige und grundsätzliche Ablehnung des Wehrgedankens unmöglich macht.

Nun hat der unter dem Vorsitz Dittmanns arbeitende Ausschuss des Magdeburger Parteitags in März zu unterbreitende Programm zur Welt gebracht. Der erste kritische Blick zeigt, daß es ein für das praktische Leben untaugliches Kompromiß ist; weder Aisch noch Heiß, nicht gehauen und nicht geöhnet. Eine Sammlung sich selbst widersprechender Gegensätze, die notdürftig angeleimt sein mag zur theoretischen Ueberbrückung der inneren Widersprüche in der Partei, nicht aber als Grundlage verantwortlicher Regierungspolitik. Wenn man den revolutionären Phrasenschwall durchdringt, der als weicher Preis grundsätzlicher Friedenspolitik um den Kern des neuen Wehrprogramms gelegt ist, so stößt man auf einen Satz, der als Fortschritt erscheinen mag, weil damit die Notwendigkeit anerkannt wird, eine deutsche Wehrmacht zu schaffen und zu erhalten. Zweifellos wird dieses Bekenntnis der S. P. D. neues Blut geben und neue Quartale von Seiten der Kommunisten und der unbeschreiblichen Pazifisten eintragen. Aber es ist ja nicht ernst gemeint und der Aufregung nicht wert. Das beweisen die nachfolgenden Forderungen über die Umgestaltung der Reichswehr, die als Entgegenkommen an den radikalen Teil der Partei aufzufassen sind, und in ihrer Wirkung den Wert des positiven Wehrbekenntnisses auch dann aufheben, wenn sie nur zum Gebrauch innerhalb der Sozialdemokratie bestimmt sind.

Schon die Bedingungen, unter denen sich die Sozialdemokratie zu einem verwässerten Wehrgedanken zu bekennen bereit zeigt, sind lehrreich. Sie will selbst mit revolutionären Mitteln gegen jede Reichsregierung vorgehen, die es etwa wagen sollte, unter Ablehnung eines Schiedsprüchkes kriegerische Schritte zu unternehmen. Nun ist ein solcher Fall in Deutschland kaum denkbar; aber immerhin bedeutet dieser Grundsatz, daß eine einzelne Partei sich herausnimmt, für sich allein Staatspolitik zu machen und ihren außenpolitischen Willen einer verfassungsmäßigen Regierung auch mit verfassungswidrigen Mitteln aufzuzwingen. Selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie damit wieder einmal allein dasteht, weil allen anderen Gliedern der Internationale das Interesse des Vaterlandes über den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses steht. Den gleichen Geist atmet der zweite Abschnitt des Entwurfs, der nach einem Wehlag über die mangelhafte Abrüstung der anderen der deutschen Republik die „historische Mission“ zuweist, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein, und offenbar zu diesem Zwecke darauf verzichtet, die uns in Versailles auferlegten Rüstungsmöglichkeiten „ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit“ auszu-schöpfen. Hinter diesem Bekenntnis verbirgt sich der Wunsch, auch weiterhin in der Regierungsverantwortung jede einzelne Wehrforderung abzulehnen mit Scheingründen, um die „die Sachverständigen“ der Partei im Einzelfalle nicht verlegen sein werden. So sollen die Notwendigkeiten der Nation und der Wille nach Nachsagung vereint werden, wenn auch die Wehrmacht darüber in die Brüche geht.

Die Hauptsache neben all den Redensarten und Teilungsbedingen an die gegenwärtige politische Lage bleiben der Sozialdemokratie die parteipolitischen Forderungen nach Umgestaltung der Reichswehr, die in das Programm eingeschoben sind. Sie legen sich zwar in ihren Einzelheiten ans ältesten Vadenbüchern und abgedroschenen Phrasen zusammen, bedeuten aber in ihrem Endergebnis nichts anderes als die Verhinderung und völlige Entmachtung des Heeres. In zehn Geboten wird da eine Sammlung von Maßnahmen empfohlen, mit denen man aus unserer schlaf-sfertigen Reichswehr eine Art von Gewerkschaft machen und

Politische Besprechungen mit Hindenburg

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten

Berlin, 29. Dez. Zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held beim Reichspräsidenten verlautet noch: Obwohl dem Berliner Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten nach amtlichen Auslassungen keinerlei politische Bedeutung beigegeben werden soll und es auch zutrifft, daß der bayerische Gesandte in Berlin, Herr v. Preger, am Tage vor dem Eintreffen Dr. Helds in Urlaub gegangen ist, halten sich in politischen Kreisen

hartnäckige Gerüchte,

nach denen die Berlinreise Dr. Helds doch nicht ganz unpolitischer Natur sein soll. Diese Gerüchte werden durch eine Information aus gut unterrichteten bayerischen Kreisen gestützt. Sie besagt, daß Dr. Held Auskünfte über den Zweck seiner Reise mit dem Hinweis abgelehnt hat, er werde erst nach seiner Rückkehr nach München der Presse mitteilen, was über seinen Aufenthalt in der Reichshauptstadt zu sagen sein würde.

In politischen Kreisen werden übrigens zwei Versionen verbreitet. Nach der einen soll der bayerische Ministerpräsident einen Vermittlungsversuch in dem Reichsbahnkonflikt zwischen der Reichsregierung und den Vändern unternommen haben, zumal dieser nach wie vor ungelöst ist und infolge der Haltung der Reichsregierung an Schärfe nur zunehmen kann. Nach der anderen Version soll durch Dr. Helds Besuch beim Reichspräsidenten eine seit längerer Zeit

bestehende persönliche Verhimmung

zwischen Hindenburg und ihm noch vor Jahresfrist aus der Welt geschafft worden sein. Der bayerische Ministerpräsident war nämlich gelegentlich einer Einladung des Reichspräsidenten offenbar irrtümlicherweise übergegangen worden und hatte dann, als diese in letzter Minute nachgeholt wurde, abgelehnt. Welche von den beiden Versionen oder ob überhaupt eine von ihnen zutreffend ist, läßt sich bei dem strengen Stillschweigen, das allerorts gewahrt wird, nicht mit Sicherheit feststellen. Daß der bayerische Ministerpräsident nicht wie sonst üblich in der bayerischen Gesandtschaft abgestiegen ist, sondern bei seiner in Berlin verheirateten Tochter wohnt, besagt an sich nichts gegen die Möglichkeit, daß zwischen Reichsstellen und ihm mehr als Weihnachts- und Neujahrswillkommen gewechselt worden sind.

Im übrigen interessiert auch in diesem Zusammenhang eine Wiener Meldung, nach der die seit kurzem zu beobachtende Vertiefung der Beziehungen zwischen der

Christlichsozialen Partei Oesterreichs und den Regierungskreisen und der Volkspartei in Bayern auch in einem Münchner Besuch zum Ausdruck kommen soll, den Bundeskanzler Dr. Seipel im Januar der Landeshauptstadt abstaten wird. Seipel wird bei dieser Gelegenheit zwei Vorträge in Münchner politischen Vereinigungen halten.

Vereinheitlichung der juristischen Vorbildung

Berlin, 29. Dezember. Im nächsten Jahre wird eine von den deutschen Landesregierungen bestellte Kommission unter Beteiligung der zuständigen Reichsministerien über die Ausgestaltung und Vereinheitlichung der juristischen Vorbildung beraten.

Im Zusammenhang damit steht die angestrebte Freizugigkeit der Rechtsanwälte. Es ist auch eine Verbesserung der juristischen Ausbildung in der Richtung der stärkeren Betonung der öffentlich-rechtlichen und volkswirtschaftlichen Schulung in Aussicht genommen.

Kaas über Deutschlands Stellung zu Rußland

Wien, 29. Dez. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ erklärte der Vorsitzende der Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Kaas u. a.: „Die deutsche Außenpolitik kann und darf sich den freien Weg zu Rußland nicht verbauen lassen. Damit ist eine positive Haltung gegenüber dem 200-Millionen-Reich ganz von selbst gegeben. Diese Haltung gegenüber Rußland bedingt allerdings nicht ein zustimmendes Werturteil gegenüber dem dortigen Regime. So bedeutsam die Funktion sein mag, die Deutschland als Brücke zwischen Osten und Westen zufallen kann, so selbstverständlich ist es, daß diese Funktion nicht in dubio dem Nachgeben, sondern in der geistigen Ueberwindung dessen bestehen muß, was in dem System des radikalen Bolschewismus drohend vor den Toren Europas steht. Ob Deutschland imstande sein wird, diese Funktion auszuüben, hängt weniger von ihm ab, als von den Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten, die seine früheren Gegner ihm lassen. Ein verarmtes und in sozialen Kämpfen erschüttertes Deutschland wird nicht imstande sein, in der geistigen Ueberwindung des Bolschewismus die ihm zufallende Aufgabe zu erfüllen. Der Leidtragende einer solchen Entwicklung wird die gesamte westliche Kulturwelt sein.“

Ueber den Aufbruch äußerte sich Dr. Kaas folgendermaßen: „Es gibt Grenzen zwischen unieren Herzen. Wir sind uns bewußt, daß Oesterreich, wie es heute in Europa dasteht, nicht lebensfähig ist. Wir müssen fordern, daß das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker gilt.“

sie zu einem Instrument des sozialistischen Klassenkampfes gestalten könnte. Die geforderte Kontrolle des Reichstages über alle Verträge der Heeresverwaltung“ bedeutet, daß die Heeresleitung unter Kontrolle der gerade herrschenden Parteien gestellt werden soll. Ein Verbot, gewisse Arten von Landesverrat zu verfolgen und zu bestrafen, soll den in der Sozialdemokratie so beliebten Denunziationen über „illegale Rüstungen“ Tür und Tor öffnen. Der vom jetzigen Offizierskorps noch gepflegte Geist der alten Armee soll gebrochen werden durch Vektierung des Bildungsprivilegs der Offiziere und Festsetzung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschafstand stammenden Offiziersverlag“. Eine dreifache Verdrehung der Tatsachen, weil es ein Bildungsprivileg für Offiziere in diesem Sinne überhaupt nicht gibt. Nur militärische Führung sind nach wie vor Leistung und Eignung Voraussetzungen, und diese sind bei den heutigen Anforderungen der Strategie untrennbar mit einem gewissen, mit Recht hochgeschätzten Bildungsgrade verbunden. Wer ihn erworben hat, kann auch nach den heutigen Bedingungen Offizier werden, nur mit dem natürlichen Unterschied, daß der Aspirant mit Universitätsreise einen kürzeren Weg zurückzulegen hat als der einfache Soldat.

Eine Reihe von weiteren Forderungen bezweckt die restlose Politisierung der Armee, so der Ruf nach „Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung“, womit die Qualifikation durch das Parteibuch gemeint ist. Auch die Soldatenräte unfeindlichen Angebots sollen wieder aufleben in einer von den Soldaten gewählten Personalvertretung, und im übrigen soll mit der „Demokratisierung des Diszi-

plinarrechts“ und mit der Einführung „republikanischer Wehrkräfte und Wehrbücher“ der Geist des Sozialismus im Heere vorherrschend und alleinberechtigt werden. Nach Durchführung dieses Programms wäre eigentlich der letzte Punkt, das Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit überflüssig; denn ein so politisiertes Heer würde in jedem inneren Konflikt von vornherein einseitig Partei ergreifen. Immerhin ist aber auch diese Forderung bemerkenswert; zeigt sie doch, worauf die Sozialdemokratie mit ihrem Kampf, der nicht mehr gegen, sondern um die Reichswehr tobt, hinaus will. Sie soll nach außen hin nur noch gegen „rückständige“, d. h. „faschistische“ Staaten auftreten können, nach innen aber als die Hauptmacht des Staates bei bürgerlichen Konflikten überhaupt ausgeschaltet werden, damit der auch im neuen Wehrprogramm gepredigte sozialistische Klassenkampf ungehindert zum Siege geführt werden kann.

Wie immer in der Vergangenheit, bleibt es also auch in der Zukunft das Hauptziel der sozialdemokratischen Wehrpolitik, die deutsche Widerstandskraft nach jeder Richtung hin zu lähmen. Das ist der tiefste Sinn der „Richtlinien“, mit denen sich die Partei jetzt auseinandersetzen wird. Wie auch die Kämpfe ausgehen, die innerhalb der Sozialdemokratie darüber entbrennen werden, und wie auch die endgültige Formulierung des sozialistischen Wehrprogramms ausfallen mag, auf jeden Fall bleibt es nach wie vor die Aufgabe der bürgerlichen und insbesondere der Rechtsparteien, die deutsche Wehrmacht zu schützen vor den roten Reformen, die gleichbedeutend wären mit ihrem Untergang.